



Wahlprüfsteine 2017

des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24.09.2017 baten wir die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP uns ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
2. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
3. Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
4. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

Es antwortet:

Manfred Grund, MdB, CDU, Wahlkreis 189

1. Auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales wurde von der deutschen Bundesregierung mitbeschlossen, die Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer Sicherheit in Europa vor Gefährdungen von außen. Er wurde vom Bündnis einstimmig und seinerzeit von der gesamten Bundesregierung - von CDU, CSU und SPD - mitgetragen. Seine Umsetzung sehe ich als Außenpolitiker als eine Frage der Verlässlichkeit Deutschland im internationalen Umfeld.

Nach den jüngsten Zahlen der NATO erreichten 2016 außer den USA (3,61 Prozent) unter der Obama-Administration nur vier andere Nato-Länder - Griechenland (2,36 Prozent), Estland (2,18 Prozent), Großbritannien (2,17 Prozent), und Polen (2,01 Prozent) - das Zwei-Prozent Ziel. Nach Nato-Angaben werden 2018 bereits Rumänien, Lettland und Litauen über diese Schwelle kommen. Die Bundesrepublik liegt trotz deutlich steigenden Verteidigungsausgaben in 2017 nur bei etwa 1,22 Prozent, somit weit von der Nato-Zielmarke entfernt.

Die unionsgeführte Koalition hat den Materialstau in den vergangenen vier Jahren aufgelöst und Ausstattung in Höhe von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Diese Ausgaben fließen vorrangig in den heimischen Wirtschaftskreislauf: die Bewirtschaftung und Ausstattung von Kasernen, Verpflegung, Reinigungsdienste, IT-Services und Bekleidung sowie Beschaffungen von Bewaffnungen und Technik, die weitgehend im Inland getätigt werden oder bei Firmen mit deutscher Beteiligung wie Airbus. Außerdem soll die Zahl der Bundeswehrangehörigen nach 25 Jahren der Schrumpfung bis 2024 um 18.000 Menschen wachsen.

Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren gravierend verändert. Nach der Annektierung der Krim und der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine durch Russland sowie der Herausforderung der zivilisierten Welt durch den islamistischen Terrorismus ist neben dem internationalen Engagement eine Refokussierung auf Bündnis- und Landesverteidigung erforderlich. Das dazu notwendige zusätzliche Material, die Modernisierung des vorhandenen sowie der Erwerb neuer Fähigkeiten der Bundeswehr bedürfen zusätzlicher Investitionen zum bisherigen Investitionsplan. Deshalb Ja zum 2 %-Ziel.



2. Bereits heute gilt der Grundsatz, dass Waffen und Rüstungsgüter nicht in Krisengebiete geliefert werden. Mithin haben wir uns in der Union auch klar gegen eine Waffenlieferung in die Ukraine ausgesprochen.

Die oftmals vorgetragene Behauptung, Deutschland gehöre neben den USA und Russland zu den weltweit größten Rüstungsexporturen ist schlicht nicht zutreffend. Auch die Behauptung, dass Rüstungsexporte schwerpunktmäßig in die Krisenländer der Welt gingen, ist falsch. Diese Einschätzungen ergeben sich in der Regel dann, wenn auf die vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlichte Statistik Bezug genommen wird. SIPRI nutzt jedoch eine spezielle Berechnungsmethode, die Rüstungsexporte nach einem besonderen Kriterienkatalog bewertet. SIPRI betrachtet die Waffen nach einem eigenen Indikator, der die Einsatzfähigkeit und die Qualität misst. Dieser beruht auf einer fiktiven Bewertung der Kampfkraft unabhängig vom tatsächlichen Verkaufspreis oder dem Alter der Waffen. Darüber hinaus betrachtet SIPRI nur Großwaffensysteme.

Die Darstellung der deutschen Rüstungsexporte in dem jährlich erscheinenden Rüstungsexportbericht der Bundesregierung ergibt ein anderes Bild. Es zeigt sich, dass der überwiegende Teil der deutschen Rüstungsexporte in Länder der Europäischen Union und der NATO erfolgt.

Bedeutende Empfängerländer waren 2016 Korea, die Schweiz, die Niederlande, die USA und die Vereinigten Arabischen Emirate. Lassen Sie mich am Beispiel Saudi-Arabien kurz die Abwägung der widerstreitenden Interessen darstellen: Saudi-Arabien stellt für Deutschland und die Europäische Union (EU) einen stabilisierenden Faktor und wichtigen Partner dar. Gleichzeitig bestehen aber in Saudi-Arabien zweifelsohne auf dem Gebiet der Menschenrechte noch Defizite. Ansatz der EU und Deutschlands ist es daher, Menschenrechtsfragen in Saudi-Arabien regelmäßig gegenüber der saudischen Regierung zu thematisieren und die Einhaltung demokratischer Werte und der Menschenrechte im Rahmen der bilateralen Beziehungen ständig einzufordern. So hat die EU auch bereits im März 2009 mit Saudi-Arabien einen Menschenrechtsdialog aufgenommen und Menschenrechtsslage wird von der Bundesregierung vor Ort ständig beobachtet. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse fließen unmittelbar in die Entscheidung über Ausfuhranträge und sonstige rüstungspolitische Zusammenarbeit ein.

Die Ausfuhr von Rüstungsgütern in andere Länder stellt zweifelsohne eine Gradwanderung zwischen der Wahrnehmung nationaler Interessen und dem Grundsatz einer wertebundenen Außenpolitik dar. Daher trifft die unionsgeführte Bundesregierung Entscheidungen über Rüstungsexporte grundsätzlich nur nach einer sorgfältigen Prüfung des jeweiligen Einzelfalls. In diese Einzelfallprüfung fließen sowohl die Situation vor Ort als auch volkswirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitische Erwägungen mit ein. Diese Abwägung wird unter strenger Geheimhaltung vom Bundessicherheitsrat vorgenommen - einem Kabinettsausschuss unter Vorsitz der Bundeskanzlerin, dem auch die Bundesminister des Auswärtigen, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, der Verteidigung, für Wirtschaft und Technologie sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angehören.

CDU und CSU streben außenpolitisch eine Situation an, in der kriegerische Auseinandersetzungen zurückgedrängt und durch politische Lösungen auf dem Verhandlungswege ersetzt werden. Leider sind wir von einer Welt, in der allein Verhandlungen Konflikte lösen, noch weit entfernt. Unter diesen Bedingungen kann auch der Einsatz militärischer Mittel erforderlich sein, um Sicherheit zu schaffen, die Menschenrechte zu schützen und Terrorismus zu bekämpfen. Hierbei arbeitet Deutschland eng mit Partnern - etwa in der NATO und der EU - zusammen. Solche Sicherheitspartnerschaften beruhen auf Gegenseitigkeit. Dass bedeutet auch, dass man sich gegenseitig Verteidigungstechnologien - also auch verschiedene Waffen - nutzbar macht.

Es gibt Kooperationen, die über den Bereich der NATO oder der EU hinausgehen. Die Lieferung von Waffen an die Peschmerga im Irak half und hilft im Kampf gegen den IS und konnte vielen Jesiden und anderen Menschen das Leben retten. Dort wurden Menschen ihrer elementarsten Rechte beraubt und auf grausamste Weise ermordet. Deshalb musste es eine Reaktion mit dem Ziel geben, die Betroffenen in ihrem Leben und ihren elementaren Rechten zu schützen. Papst Franziskus hat die Waffenlieferungen unterstützt und mit den Worten, dort "wo es einen unrechtmäßigen Aggressor gibt, ist es berechtigt, ihn zu stoppen", sogar ein militärisches Eingreifen gefordert. Ebenso hat sich die Deutsche Bischofskonferenz für die Waffenlieferungen ausgesprochen.

Es ergibt ebenfalls Sinn, Sicherheitskräfte, die in Afghanistan oder Mali von der Bundeswehr im Kampf gegen den Terror ausgebildet werden, auch mit deutschen Waffen auszustatten. Darüber hinaus gelten für Drittstaaten strengste Waffenexportregeln.



3. Ich bin seit mehr als zehn Jahren als Wahlbeobachter in Osteuropa und Zentralasien u. a. für die OSZE unterwegs. Dabei spreche ich auch immer wieder mit der Opposition und zivilgesellschaftlichen Aktivisten. Deshalb kann ich mir die Beteiligung an zivilen Konfliktlösungen natürlich vorstellen!

Meine Tätigkeit sehe ich fest verankert in unserer wertegeleiteten deutschen Außenpolitik; sie dient dem Frieden und der Freiheit in der Welt. Deutschland engagiert sich für eine internationale Ordnung, die auf gemeinsamen Regeln fußt. Das Völkerrecht und das gemeinsame Handeln durch internationale Organisationen sind unverzichtbar, wenn wir Konflikte vermeiden und Probleme lösen wollen. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss überall in Europa und der Welt gelten.

Am 14. Juni 2017 hat die unionsgeführte Bundesregierung die Leitlinien "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" verabschiedet. Dort bekennt sie sich zu den eigenen Instrumenten der zivilen Friedensförderung, wie den zivilen Friedensdienst, aber auch entsprechenden Programmen der EU, der VN und anderer internationaler Organisationen. CDU und CSU unterstützen insbesondere, dass sich unser Land für die Weiterentwicklung der Instrumente der Krisen- und Konfliktprävention der VN und ihrer Sonderorganisationen im Rahmen des Sustaining Peace-Konzepts von Sicherheitsrat und Generalversammlung engagiert und die Modernisierung und Effizienzsteigerung des Peacekeeping unterstützt. Wir wollen, dass Deutschland bereit ist, sich verstärkt in friedenserhaltenden Missionen der VN zu engagieren. Des Weiteren wollen wir die Vereinten Nationen (VN) darin stärken, in der Welt für Konfliktvorbeugung, Krisenreaktion und internationale Verständigung zu sorgen.

4. Ja. Das löst jedoch aus meiner Sicht das Problem von Waffen in Krisenregionen nicht! Ein Zustand mit weniger deutschen Waffen ist nicht per se ein friedlicher Zustand, weil andere Anbieter bereit stehen.

(Ungekürzte Antwort vom 25.08.2017)